

ei der Diskussion über die Kontrolle der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Produktion von Waren aus Natursteinen wird von einigen Marktteilnehmern suggeriert, dass es sich dabei um eine neue und in weiten Teilen unnötige Debatte handele. Dem widerspricht die Entwicklung in Deutschland. Früher waren die Löhne in der Natursteinbranche äußerst schlecht und die meisten Beschäftigten arm wenn sie überhaupt bezahlt wurden, denn Arbeit im Steinbruch war die sprichwörtliche »Sträflingsarbeit«. Inzwischen gibt es ein Lohnniveau, das mit Gewerkschaften ausgehandelt wird. Darüber hinaus wurden die gesetzlichen Auflagen zum Schutz der Beschäftigten und der Umwelt in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausgebaut. Hintergrund dafür sind die allen in der Branche bekannten großen gesundheitlichen Risiken beim Umgang mit Natur-

steinen (Schwerstarbeit durch das große Gewicht des Rohstoffes, Unfälle, Ouarzstaublunge, Umgang mit Chemikalien etc.) sowie die Umweltschäden, die bei Abbau und Verarbeitung entstehen kön-

Niemand käme auf die Idee, den über Jahrzehnte erkämpften Fortschritt in Deutschland in Frage zu stellen. Trotzdem gibt es Kritik. Teils heißt es, durch die vielen Vorgaben für Steinbrüche sowie die verarbeitenden Betriebe habe sich eine Bürokratie entwickelt, die deutschen Betrieben die Konkurrenzfähigkeit erschwert. Kernproblem ist jedoch, dass Vorschriften teilweise überhaupt nicht mehr durchsetzbar sind, da die Betriebe aufgrund der billigen Konkurrenz aus dem Ausland geschlossen werden - und die deutschen Konsumentinnen und Konsumenten fragen nicht nach den Bedingungen bei der Herstellung der billigen Importe.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den Änderungen in der deutschen Natursteinindustrie um einen zivilisatorischen Fortschritt handelt, der Grundrechte der Menschen gewährleistet. Niemand in Deutschland will heute zu Bedingungen arbeiten, wie sie frijher ijblich waren und teils heute noch im Ausland der Fall sind.

Missstände bei vielen Zulieferern offensichtlich

Dieser zivilisatorische Fortschritt ist in vielen Steinbrüchen und Verarbeitungsbetrieben in Indien oder anderen Lieferstaaten noch nicht angekommen. Sicher gibt es dort gut geführte, moderne Betriebe mit hohen Standards. Doch viele der hiesigen Importeure räumen ein, dass bei einem erheblichen Teil der Lieferanten die Sicherheits- und Umweltstandards weit unter denen in Deutschland liegen. Ihnen ist auch bekannt, dass die Löhne

in einigen Zuliefererbetrieben nicht ausreichen, um das Existenzminimum der Menschen zu sichern.

Die große Zahl der Silikosekranken ist ein eindeutiger Beleg für die bestehenden Probleme. Wenn beispielsweise Reihenuntersuchungen bei Beschäftigten in der indischen Sandsteinindustrie nachweisen, dass ein erheblicher Teil von ihnen bereits mit 40 Jahren eine massiv geschädigte Lunge hat und das erreichte Durchschnittsalter bei 46 Jahren liegt, existiert ein Missstand, der für den qualvollen Tod von Menschen verantwortlich ist. Die indischen Betriebe, in denen gute Arbeitsbedingungen herrschen, müssen gegen die schwarzen Schafe ihrer Branche konkurrieren. Der Preiskampf am Markt bedeutet, dass sie mit ihren höheren Produktionskosten im Nachteil sind. Der Verweis auf die lokale Gesetzgebung - auch das ist im Grunde bekannt reicht nicht aus: Die bestehenden Gesetze werden nicht durchgesetzt. Die Bertelsmann Stiftung schreibt über die politischen Zustände in Indien: »Die weiterhin größte Hürde für eine effiziente Umsetzung politischer Entscheidungen bleibt die weit verbreitete Praxis von Amtsmissbrauch und Korruption.« Das Urteil der Stiftung über die Situation in China ist ähnlich, andere namhafte Institutionen kommen zu den gleichen Schlüssen.

Das Unternehmen Marshall, das in ganz Großbritannien mit Natursteinen handelt, beschreibt in einer Broschüre eindringlich das Zusammenspiel von Gesetzesbruch und Korruption in einer der zentralen Sandsteinregionen im indischen Rajasthan. Kinderarbeit wird nach Beobachtungen des Unternehmens von den zuständigen Behörden ebenso ignoriert wie illegale Steinbrüche und Umweltzerstörungen. Es mag regionale Unterschiede geben, und Indien ist si-



Friedel Hütz-Adams von SÜDWIND:

»Die Kontrolle der Handelskette ist der einzige Weg, wie

die Branche aus den Negativschlagzeilen herauskommen kann.«

cherlich das Extrembeispiel, doch der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Wer als deutsches Unternehmen demnach eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Lieferanten erreichen will, wird selbst aktiv werden müssen. Andere Branchen, in denen es ähnliche Skandale wie im Natursteinsektor gab, gehen diesen Weg seit mehr als zehn Jahren, darunter die Textil- und Bekleidungsindustrie, Spielzeug- und Schuhhersteller und die Informationstechnologiebranche.

Sorry, liebe Anlageberater! Aber dieses Jahr wird in Naturstein investiert.



Original tubagTrass: perfekte Fugen, weg mit Kalkausblühungen.





ANMERKUNGEN ZUM THEMA

Am 12. Juni, dem »Internationalen Tag gegen Kinderarbeit«, veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Grabmal (AFD) in Kassel eine Tagung zum Thema »Indische Grabsteine und Kinderarbeit«. Tagungsinitiator Gerold Eppler schilderte die Verarbeitung von Naturstein als Schwerstarbeit und zeigte die körperlichen Schäden auf, die sich durch Lärm, Staub, Heben und Tragen, Vibration, chemische Stoffe und Zwangshaltungen ergeben können.

Ich selbst schilderte die südindische Grabmalproduktion: Weder in südindischen Exportbrüchen noch in Werken der dortigen Grabmalindustrie hätte ich je Kinderarbeiter entdeckt. Mit der Pressekampagne gegen Grabmale aus Kinderhand habe man daher gerade den Teil der indischen Natursteinproduzenten an den Pranger gestellt, der sich am wenigsten zu Schulde kommen lässt. Eine differenzierte Behandlung der Problematik sei unerlässlich.



Saskia Stohrer von Win=Win berichtete über das Projekt »Fair Stone« als einen Versuch, interationale Umwelt- und

Sozialstandards nicht nur für Natursteinimporte aus China, sondern auch für Grabsteine aus Indien einzuführen.



Volker Bajus von terre des homme umriss die Fraehnisse einer Studie seiner Organisation über Sandsteinbrüche in Ra-

jasthan. Schlimme Missstände wurden festgestellt. Bajus zeigte an Projektbeispielen auf, dass man ehemaligen Kinderarbeitern tragfähige Alternativen bieten kann.

Trotz allem Ärger über die Unsachlichkeit und Fehlerhaftigkeit vieler Pressemeldungen werden die Steinmetze nicht darum herumkommen, sich der Debatte zu stellen, ist Friedel Hütz-Adams überzeugt. Der Welthandelsexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts Südwind e.V. - Institut für Ökonomie und Ökumene - legte dar, dass und welche Missstände es in indischen Steinbrüchen gibt und was dagegen getan werden kann, z.B. seitens der Kommunen. Auch er forderte eine differenzierte und sachliche Diskussion mit dem Ziel. Standards durchzusetzen. Die Tagung in Kassel war sehr schlecht besucht. Unter den Teilnehmern ergab sich aber eine konstruktive Diskussion. Ergebnis: Die Globalisierung lässt sich nicht rückgängig machen. Wir müssen aber verstärkt darauf achten, wie die Ware produziert wird, die wir importieren.

Bärbel Holländer

Internationale Zusammenarbeit gefragt

Angesichts der politischen Situation in den beiden Hauptlieferländern Indien und China kann ein solcher Prozess nur erfolgreich sein, wenn Importeure und Exporteure Hand in Hand arbeiten. Auf der Grundlage der von der Internationalen Arbeitsorganisation entwickelten Kernarbeitsnormen sowie den weiteren Richtlinien dieser Organisation sollte die Branche versuchen, im arbeitsrechtlichen Bereich zu Verbesserungen zu kommen. Die besonderen gesundheitlichen und ökologischen Herausforderungen der Natursteinbranche verlangen allerdings, darüber hinaus zu gehen.

Der folgende Vorschlag mag sich ambitioniert anhören, doch die Kontrolle der

Handelskette ist der einzige Weg, wie die Branche aus den Negativschlagzeilen herauskommen kann.

Szenario für die künftige Entwicklung

Möglich wäre folgende Entwicklung: Es bildet sich in Deutschland ein Runder Tisch, an dem ohne Polemik bei der Aufstellung von Kriterien und deren Durchsetzung in der Lieferantenkette zusammengearbeitet wird. Beteiligt sind die Natursteinbranche über ihre Interessenvertreter, der Großhandel, die Baumarktund die Gartenbauketten. Ebenfalls eingebunden sind Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sowie die bereits auf dem Markt tätigen Zertifizierungsund Siegelungsunternehmen.

Der Runde Tisch wird Träger einer Struktur, die die Organisationen der Beschäftigten aus den Lieferländern mit einbezieht: Wird deren Stimme nicht gehört, sind die Ergebnisse des Runden Tisches wertlos. Zudem vernetzt er die Diskussion in Deutschland mit ähnlichen Debatten und Strukturen im europäischen Ausland. Der Runde Tisch gibt sich eine Agenda mit konkreten Zielvorgaben für einen festgelegten Zeithorizont. Ist beispielsweise innerhalb von drei Jahren nichts erreicht worden, sollte das Projekt öffentlich als gescheitert erklärt und aufgelöst werden.

Um eine effiziente Arbeit des Runden Tisches zu ermöglichen, wird unter gemeinsamer Trägerschaft ein Büro eingerichtet. Die Finanzierung dieses Büros wird gewährleistet, indem alle Beteiligten abhängig von ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag entrichten. Wenn beispielsweise die 2800 in den Innungen organisierten Steinmetzbetriebe jährlich nur € 10,- entrichten und Baumarktketten und Gartencenter für jede Filiale einen nur geringfügig höheren Betrag, könnte eine komplette Stelle inklusive der notwendigen Reisekosten und Extraausgaben für Tagungen finanziert werden. Das Ergebnis dieses Prozesses sollte eine Zertifizierung sein, die von allen akzeptiert wird. Bei Erfüllung der Kriterien lassen sich die wesentlichen Missstände beenden. Die Kosten für die Verbesserungen tragen die Importeure.

Was hätte die Industrie gewonnen?

Das gemeinsame Vorgehen schafft Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit sowie bei den Kundinnen und Kunden. Damit kommt Ruhe in die Debatte über den weiteren Ausbau der Gesetze zur öffentlichen Beschaffung sowie über die ethische Vertretbarkeit, überhaupt noch importierten Naturstein zu verwenden. Der gemeinsame Aufbau einer Zertifizierung senkt die Kosten für den Prozess erheblich, da vor Ort für alle Beteiligten ein ganzes Netz von lokalen Kontrolleuren aufgebaut werden kann. So werden Ausgaben für den Aufbau gleich mehrerer paralleler Strukturen vermieden. Die gemeinsame Initiative stärkt die Verhandlungsmacht bei den Lieferanten in

Übersee und hilft so dort, wo die Durchsetzung von Standards am Widerstand lokaler Unternehmen zu scheitern droht. Schließlich schafft eine glaubwürdige Zertifizierung die Möglichkeit, die Verbraucherinnen und Verbraucher offensiv aufzuklären. Nur wenn sie den Kontrollen trauen, werden sie verstehen und akzeptieren, dass ihre Ware jetzt einige Prozent mehr kosten muss.

Letztendlich Gesetzgeber gefordert

Eine Zertifizierung auf freiwilliger Basis ist nur die zweitbeste Lösung. Die umfassende Verantwortung der Unternehmen für ihre Lieferkette müsste vom Gesetzgeber geregelt werden.

Weitere Änderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen sind möglich. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kommissionen der Vereinten Nationen und zunehmend auch Politikerinnen und Politiker verschiedener deutscher Parteien sowie des EU-Parlamentes fordern, dass Unternehmen die Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Sie sollen die Einhaltung internationaler Gesetze und Standards bei der Produktion der von ihnen vertriebenen Produkte durchsetzen. Die Voraussetzungen dafür könnten auf nationaler Ebene geschaffen werden. Ziel ist die Möglichkeit, bei Verstößen etwa gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Unternehmen klagen zu können.

Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, sich für eine Verschärfung der »Leitsätze für multinationale Unternehmen« der OECD einzusetzen, um diese zur verbindlichen und sanktionierbaren Richtlinie deutscher Unternehmen auszubauen.

Zudem wird gefordert, die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Sie können bereits heute vom Handel Auskunft über die Produktionsbedingungen verlangen, haben jedoch bei der derzeitigen Rechtslage keinen Anspruch auf umfassende Auskunft. Daher laufen Kampagnen, die eine Nachbesserung des Verbraucherinformationsgesetzes fordern. So sollen deutsche Unternehmen verpflichtet werden, Transparenz in der Lieferkette zu schaffen.

Die Debatte über solche Fragen läuft. Kommt es zu Änderungen in den angesprochenen Bereichen, sind Teile der Natursteinbranchen darauf derzeit nicht vorbereitet.

Welche Konsequenzen hätte der Stillstand?

Die Diskussion über die sozialen Bedingungen bei der Produktion von Natursteinen wird weitergehen. Solange die Missstände in einigen Betrieben so krass bleiben, wie sie derzeit sind, werden Studien und Medienberichte dies aufgreifen. Parallel dazu geht die Debatte weiter, welche Kriterien öffentliche Stellen und Baumärkte im Einkauf anlegen.

Die Änderung des deutschen Vergaberechtes hat gezeigt, wie stark sich Änderungen von Gesetzen auf die Natursteinbranche auswirken. Trotz der jahrelangen Debatte über diese Entwicklung sind Teile der Natursteinbranche nicht dazu in der Lage, schnell auf die neuen Anforderungen zu reagieren. Kommen deutsche Unternehmen nicht zu Lösungsansätzen, werden Betriebe aus anderen Ländern vorangehen und versuchen, Marktanteile zu übernehmen.

Darüber hinaus führt das Nichtstun zu einer Verschwendung von Ressourcen: Gelingt es nicht, eine glaubwürdige Zertifizierung aufzubauen, wird weiterhin viel Zeit und damit viel Geld durch Studien, Diskussionsrunden, Tagungen, Pressearbeit, Gerichtsverfahren etc. absorbiert. Dies wäre wesentlich besser angelegt, wenn damit eine Lösung geschaffen würde, die Beschäftigten in Zuliefererbetrieben zugute kommt und die Marktmacht der Betriebe stärkt, in denen es schon gute Standards gibt.

> Friedel Hütz-Adams, SÜDWIND e.V., Wissenschaftlicher Mitarbeiter

SÜDWIND e.V.

Lindenstr. 58-60 53721 Siegburg Tel.: 02241/259735

Fax: 02241/51308 huetz-adams@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

